

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der CDU

Die Verhaftungen von oppositionellen Abgeordneten in der Türkei gefährden die Demokratie in der Türkei

In der Nacht zum vergangenen Freitag sind in der Türkei 9 Abgeordnete der Oppositionspartei HDP verhaftet worden, darunter die beiden Vorsitzenden Selahattin Demirtas und Figen Yüksekdağ. Nach weiteren Abgeordneten wird gefahndet. Diese Verhaftungen stehen auch in der Türkei in der Kritik. Parallel wurden weitere regierungskritische Journalistinnen und Journalisten inhaftiert, darunter die Chefredaktion und weitere Redakteurinnen und Redakteure der überregionalen Tageszeitung Cumhuriyet. Die Verhaftung der Oppositionsabgeordneten und die damit einhergehenden Veränderungen der Mehrheiten im Parlament stellen einen Eingriff in die parlamentarisch-demokratische Verfasstheit der Türkei dar.

Wenige Tage vor den Verhaftungen hat der türkische Präsident angekündigt, dass „bald“ ein Antrag auf die Wiedereinführung der Todesstrafe im Parlament eingebracht werde und er mit dessen Annahme rechne. Die Todesstrafe verstößt gegen die Menschenrechte. Die EU-Grundrechtecharta verbietet die Todesstrafe. Die EU hat mehrfach klargestellt, dass die Einführung der Todesstrafe das unmittelbare Ende der Beitrittsverhandlungen bedeuten würde. Auch die Mitgliedschaft der Türkei im Europarat wäre damit in Frage gestellt.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) hält die Verhaftungen von Oppositionsabgeordneten des türkischen Parlaments für rechtsstaatlich äußerst bedenklich und sieht darin eine fundamentale Aushöhlung parlamentarischer Rechte der Opposition.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet eine rasche und rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechende Überprüfung der Verhaftungen und des Vorliegens von Haftgründen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die sofortige Freilassung der inhaftierten Journalistinnen und Journalisten in der Türkei.

Die Bürgerschaft (Landtag) appelliert an alle Abgeordneten des türkischen Parlaments, eine Wiedereinführung der Todesstrafe nicht zuzulassen.

Antje Grotheer, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Dr. Henrike Müller, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Jens Eckhoff, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU